EU-Kommission veranstaltet Austausch zur rituellem Schlachten

21. Oktober 2022



Brüssel (KNA) Vertreter aus Politik und Religion erörtern am Donnerstag in Brüssel rechtliche Fragen um das traditionelle Schlachten im Judentum und Islam. Der eintägige nichtöffentliche Austausch auf Einladung der Europäischen Kommission steht in Zusammenhang mit der EU-Strategie zum Kampf gegen Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens in Europa. An dem Treffen nehmen Repräsentanten jüdischer und islamischer Verbände und Organisationen sowie christlicher Kirchen teil. Die Bundesregierung ist durch den Beauftragten für jüdisches Leben in Deutschland, Felix Klein, vertreten.

Hintergrund ist ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in Luxemburg vom 17. Dezember 2020, das den EU-Mitgliedstaaten in der Frage des jüdischen Schächtens beziehungsweise der entsprechenden islamischen Schlachtmethode eine Abwägung zwischen Tierschutz und Religionsfreiheit erlaubt. In Belgien hatte das oberste Gericht im Oktober 2021 frühere Verbote betäubungslosen Schlachtens unter Verweis auf den EuGH für rechtens erklärt. In Frankreich und den Niederlanden ist das Schächten hingegen erlaubt; andere Länder streben noch eine Regelung an.

Die EU-Kommission will mit der Tagung zu diesem Thema nach eigenem Bekunden praktikable Lösungen voranbringen. Eingebunden sind mit Blick auf die betreffenden Grundrechte auch Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie die Allianz der Zivilisationen als Einrichtung der UN.

© KNA

Beitragsbild: borevina via pixabay.com

Stand: 17. November 2026